

Social Media Verbot für unter 14-Jährige?

Die Positionierung der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen e.V.

Hannover, 26.02.2026

Die aktuelle Diskussion um ein Social Media Verbot macht die hohen Risiken und aktuellen Herausforderungen für den Jugendmedienschutz im digitalen Raum deutlich und zeigt den bestehenden Handlungsbedarf auf. Aus Sicht der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS) geht jedoch ein Verbot von Social-Media Angeboten für unter 14-Jährige an der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen vorbei.

Schutz – Befähigung – Teilhabe

Soziale Medien sind mehr als Unterhaltung. Sie sind Lebenswelt, Lern- und Ausdrucksraum für junge Menschen. Kinder und Jugendliche benötigen sichere Räume, sowohl analog als auch digital. Aus Sicht der LJS bieten viele der derzeit dominierenden Social-Media-Plattformen wie TikTok und Instagram oder ähnliche Dienste keine ausreichend sicheren Erfahrungsräume für Kinder und Jugendliche. Analysen zeigen, dass viele von Anbietern als „Sicherheitsfeatures“ beworbene Funktionen in der Praxis nicht ausreichend wirken oder leicht umgangen werden können. Der Schutz junger Menschen ist ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Ziel. Schutz gelingt aber nicht nur durch Verbote allein, sondern durch die Förderung kritischer Medienkompetenz. Sie entsteht dort, wo junge Menschen selbst Medien produzieren, nutzen, reflektieren und in den Austausch darüber kommen. Nur so können sie lernen, Informationen einzuordnen, Desinformation zu erkennen und sich souverän in digitalen Räumen zu bewegen.

Schutzorientierte Maßnahmen ohne gleichzeitige Ermöglichung von Beteiligung laufen Gefahr, Kinder und Jugendliche aus genau jenen Aushandlungsprozessen auszuschließen, in denen sie Kompetenzen entwickeln. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf Beteiligung auch im digitalen Raum haben. Dieses Recht kann nur eingelöst werden, wenn digitale Umgebungen so gestaltet sind, dass sie Schutz, Orientierung und Mitbestimmung ermöglichen. Dem entgegen stehen derzeit:

- intransparente, primär kommerziell ausgerichtete Algorithmen,
- unzureichende Moderation entwicklungsbeeinträchtigender Inhalte,
- fehlende altersangemessene Beteiligungs- und Beschwerdestrukturen.

Plattformanbieter müssen aus Sicht der LJS daher deutlich stärker in die Verantwortung genommen werden, sichere, kinder- und jugendgerechte digitale Räume bereitzustellen, in denen Beteiligung möglich ist, ohne Kinder und Jugendliche systematisch zu gefährden.

Aus Sicht der LJS ist es in der aktuellen Debatte nicht trivial Social Media rechtlich zu definieren. Gefährdungspotenziale gehen nicht nur von Social Media aus, sondern ganz allgemein von online

verfügbaren Angeboten. Einfache digitale Foren, Messenger-Dienste oder pädagogisch begleitete digitale Austauschräume stellen Formen digitaler Kommunikation dar. Eine hochkomplexe Abwägung besteht darin, zwischen riskanten Angeboten und solchen, die Teilhabe ermöglichen, zu unterscheiden. Die LJS spricht sich daher für differenzierte, rechtsstaatlich abgestützte Ansätze aus, die digitale Teilhabe nicht pauschal beschneiden, sondern durch Medienbildung, altersdifferenzierte Schutzkonzepte sowie klare Regulierung und Verantwortungszuweisung bei Plattformbetreibern flankieren.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Chancen und Risiken sowie der rechtlichen und pädagogischen Rahmenbedingungen fordert die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen e. V.:

1. Die konsequente Verankerung von Medienkompetenz als Grundlage schulischer und außerschulischer Bildung; durch personelle und strukturelle Stärkung der Schulen und Jugendarbeit.
2. Die Anerkennung von Partizipation als Grundrecht auch im digitalen Raum – Schutzkonzepte müssen dieses Recht stärken, nicht einschränken.
3. Die nachhaltige Sicherung und institutionelle Einbindung externer Fachstellen wie der LJS als Partnerin für Schulen und Jugendarbeit.

Über die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen e.V.

Die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen e. V. (LJS) engagiert sich seit Jahrzehnten für einen präventiven Kinder- und Jugendschutz sowie die Stärkung von Medienkompetenz. Im Mittelpunkt stehen die Bedürfnisse und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen auf dem Weg in ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben. Unsere Themenschwerpunkte sind Gewaltprävention, Medienpädagogik, Suchtprävention und Sexualpädagogik. Die Fortbildungsangebote der LJS richten sich an pädagogische Fachkräfte aus Jugendhilfe, Kindertageseinrichtungen oder der Schulsozialarbeit. Sie stehen darüber hinaus auch Interessierten aus anderen Arbeitsbereichen offen. Ziel unserer Arbeit ist es, Sachkenntnisse zu vermitteln, Selbstreflexion anzuregen und pädagogische Handlungskompetenzen zu erweitern.